

Gründerwerbsteuer



Bericht von Sergej Bechtoldt, Ronny Freier, Johannes Geyer und Frank Kühn

Acht Jahre nach der Reform der Gründerwerbsteuer:
Bundesländer nutzen ihre Spielräume
für Steuererhöhungen

1283

Interview mit Ronny Freier

»Die Gründerwerbsteuer ist stark gestiegen«

1291

Am aktuellen Rand Kommentar von Gert G. Wagner

Rentenzugang ist ein komplexes Thema

1292



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
81. Jahrgang
10. Dezember 2014



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts: Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

Herausgeber

- Prof. Dr. Pio Baake
- Prof. Dr. Tomaso Duso
- Dr. Ferdinand Fichtner
- Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
- Prof. Dr. Peter Haan
- Prof. Dr. Claudia Kemfert
- Dr. Kati Krähnert
- Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
- Prof. Dr. Jürgen Schupp
- Prof. Dr. C. Katharina Spieß
- Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

- Sabine Fiedler
- Dr. Kurt Geppert

Redaktion

- Renate Bogdanovic
- Andreas Harasser
- Sebastian Kollmann
- Dr. Claudia Lambert
- Marie Kristin Marten
- Dr. Anika Rasner
- Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

- Prof. Dr. Carsten Schröder

Textdokumentation

- Manfred Schmidt

Pressestelle

- Renate Bogdanovic
- Tel. +49-30-89789-249
- presse@diw.de

Vertrieb

- DIW Berlin Leserservice
- Postfach 74
- 77649 Offenburg
- leserservice@diw.de
- Tel. (01806) 14 00 50 25
- 20 Cent pro Anruf
- ISSN 0012-1304

Gestaltung

- Edenspiekermann

Satz

- eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

- USE gGmbH, Berlin
- Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Serviceabteilung Kommunikation des DIW Berlin (kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.

RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

Grundlinien der Kreditmarktentwicklung 1964/65

Die Kreditmärkte haben den Schock, den sie nach der Ankündigung einer Kuponsteuer für Gebietsfremde erlitten hatten, weitgehend überwunden; die Kurse festverzinslicher Wertpapiere sind in den letzten Monaten nur noch wenig gesunken, und die Effektivzinssätze, die in der ersten Jahreshälfte von 5,9 bis 6,0% auf 6,3 bis 6,4% gestiegen waren, haben sich in letzter Zeit kaum noch erhöht. Immerhin ist der Rentenmarkt noch sehr labil; so konnte die Anfang Oktober emittierte Bundesanleihe nur schwer beim Publikum untergebracht werden, obwohl die Notenbank vorher erhebliche Stützungskäufe vorgenommen hatte.

Auch im kommenden Jahr werden die Kreditmärkte voraussichtlich zunächst angespannt bleiben: Die Bundesbank wird an ihrem Restriktionskurs festhalten, um den Preisaufrtrieb zu dämpfen. Auch im Ausland verfolgen die Notenbanken meist eine restriktive Linie; deshalb dürften Zahlungsbilanzpolitische Bedenken gegen eine schärfere deutsche Kreditpolitik – sieht man von der britischen Zahlungsbilanzsituation ab – vorerst nicht sehr ins Gewicht fallen. Ferner ist damit zu rechnen, daß sich die Liquiditätssituation der Banken – auch ohne weitere Erhöhungen der Mindestreservesätze – in nächster Zukunft weiterhin, wenn auch weniger als bisher, verschlechtern wird. Dagegen dürfte die Einführung der Kuponsteuer den Rentenmarkt nur noch wenig belasten, weil der mit der Kuponsteuer beabsichtigte restriktive Effekt (Wertpapierverkäufe durch Ausländer) wahrscheinlich zum größten Teil schon durch die Ankündigung dieser Maßnahme erreicht worden ist.

aus dem Wochenbericht Nr. 50 vom 11. Dezember 1964

Acht Jahre nach der Reform der Grunderwerbsteuer: Bundesländer nutzen ihre Spielräume für Steuererhöhungen

Von Sergej Bechtoldt, Ronny Freier, Johannes Geyer und Frank Kühn

Die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern stehen vor einer umfassenden Reform. Neben einer Neuordnung des Länderfinanzausgleichs diskutiert die Politik derzeit Finanzhilfen für strukturschwache Regionen nach dem Auslaufen des Solidarpakts sowie die Stärkung der allgemeinen Finanzkraft der Länder hin zu einer wirksamen Schuldenbremse.

Vor diesem Hintergrund untersucht dieser Bericht die Reform der Grunderwerbsteuer, die als eines der wichtigsten Ergebnisse der Fiskalföderalismusreform von 2006 gilt. Seitdem können die Länder die Höhe des Steuersatzes selbst bestimmen. Darüber hinaus werden die Vor- und Nachteile der Grunderwerbsteuer ausführlich analysiert.

Die hinzugewonnene Steuerautonomie für die Länder hat eine beträchtliche Dynamik ausgelöst. Außer Bayern und Sachsen haben alle Bundesländer in den letzten acht Jahren die Möglichkeit genutzt, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen. Sie ist heute die mit Abstand wichtigste unabhängige Steuereinnahme der Länder, und die einzige Steuer, bei der die Länder den Steuersatz selbst festlegen können. Allerdings ist das Steueraufkommen gemessen an den Gesamteinnahmen, also inklusive Gemeinschaftssteuern, Bundeszuschüssen und Länderfinanzausgleich, relativ gering. Ein internationaler Vergleich zeigt, dass Deutschland bei den Steuersätzen auf Grunderwerb am oberen Ende der Skala liegt.

Die Grunderwerbsteuer ist eine Verkehrssteuer, die beim Erwerb von Grundeigentum erhoben wird. Das Aufkommen der Steuer steht den Ländern zu und erreichte 8,4 Milliarden Euro im Jahr 2013. Bis 2006 wurde der Steuersatz für alle Länder einheitlich durch den Bund festgelegt. Im Zuge der Föderalismusreform I, die die Gesetzgebungskompetenz zwischen Bund und Ländern neu geregelt hat, wurde die Kompetenz zur Festlegung des Steuersatzes auf die Länder übertragen und damit deren Steuerautonomie erhöht. Die Bundesländer können nun ihre Finanzkraft stärken und Handlungsspielräume für Politikgestaltung auf der Länderebene gewinnen, indem sie die Steuersätze erhöhen oder durch Steuersenkungen ihre Bürger entlasten.

Dieser Wochenbericht stellt die Entwicklung der Grunderwerbsteuer in den Ländern seit 2006 dar (Kasten 1). Die Erfahrungen, die mit der Grunderwerbsteuer bisher gemacht wurden, sind auch vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten um die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs, das Auslaufen des Solidarpakts II und die Wirkung der Schuldenbremse (insbesondere auf Länderebene) relevant. Die Grunderwerbsteuer ist vergleichbar mit anderen Steuerarten, die auf kommunaler Ebene regional ausdifferenziert sind. Derzeit wird unter anderem diskutiert, den Ländern ein Zuschlagsrecht auf die Einkommensteuer zu gewähren, um damit ihre Steuerautonomie zu stärken. In diesem Zusammenhang ist auch eine Stärkung der (kommunalen) Grundsteuer im Gespräch.¹

Stark steigende Steuersätze und Mehreinnahmen bei der Steuer auf Grunderwerb

Der bundesweit einheitliche Steuersatz auf Grunderwerb lag vor der Reform im Jahr 2006 bei 3,5 Pro-

¹ Im Gegensatz zur Grunderwerbsteuer ist die Grundsteuer keine Verkehrssteuer. Hierbei handelt es sich um eine jährlich zu leistende Steuer, die sich ebenfalls am Wert des Grundstücks bemisst. Allerdings ist die Bemessung des Grundstückswerts in Deutschland bei der Grundsteuer und der Grunderwerbsteuer unterschiedlich.

Kasten 1

Grunderwerbsteuer

Die Grunderwerbsteuer ist eine Verkehrssteuer, die an Rechtsgeschäfte anknüpft, die den Eigentumswechsel eines inländischen Grundstücks zum Gegenstand haben. Die Bemessungsgrundlage der Steuer ist der vertraglich vereinbarte Kaufpreis einschließlich der Gegenleistungen. Falls es nicht möglich ist, die Immobilie durch einen Kaufpreis zu bewerten, da der Eigentumswechsel ohne Gegenleistung erfolgte oder diese nicht ermittelbar ist, werden Bedarfswerte nach dem Bewertungsgesetz angewandt. Von der Besteuerung ausgeschlossen sind unter anderem Bagatellfälle bis 2.500 Euro oder Grundstückserwerbe durch Erbfolge oder Schenkung.¹ Die Steuerschuldner sind sowohl der Verkäufer als auch der Käufer des Grundstücks (§ 13 Nr. 2 GrEStG). Beide Vertragspartner haften gesamtschuldnerisch, sofern im Vertrag nichts anderes vereinbart ist. In der Regel zahlt allerdings der Käufer des Grundstücks die Grunderwerbsteuer.

¹ Eine Übersicht zu Steuerbefreiungstatbeständen findet sich in RWI (2012): Probleme der Grunderwerbsteuer und ihre Anhebung durch die Länder – Endbericht. 11.

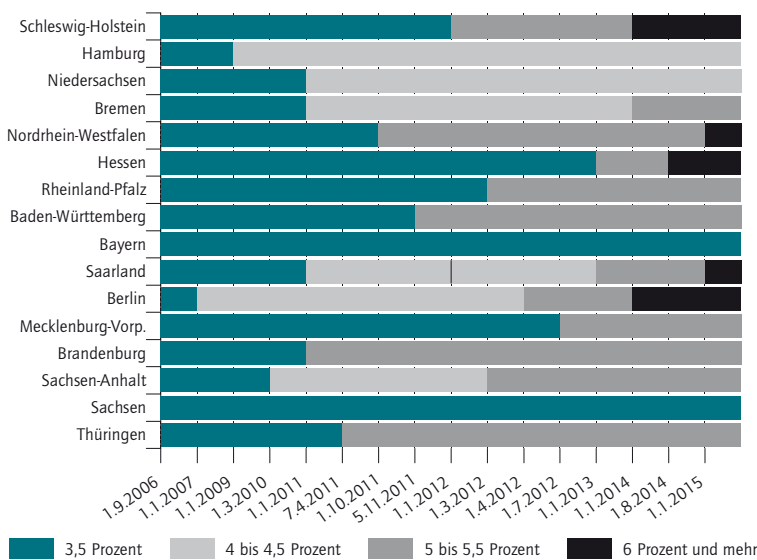
Die Ausgestaltung der Grunderwerbsteuer führt zu problematischen Mehrfachbelastungen. Wenn dasselbe Grundstück mehrfach übertragen wird, wird jedes Mal auch eine Grunderwerbsteuer erhoben.²

Im Allgemeinen sind Rechtsgeschäfte, die der Grunderwerbsteuer unterliegen, von der Mehrwertsteuer befreit, so dass es nicht zu Doppelbesteuerung kommt (§ 4 Nr. 9 UStG). Eine Ausnahme ist ein sogenanntes „einheitliches Vertragswerk“. Darin wird neben der Übertragung eines Grundstücks auch dessen Bebauung geregelt, die in die Bemessungsgrundlage der Grunderwerbsteuer einfließt. Der Käufer zahlt in diesem Fall neben der Grunderwerbsteuer auch Umsatzsteuer auf die Bauleistungen.

² Zur Kritik der Grunderwerbsteuer im Kontext der Systematik der Besteuerung siehe Bach, S., Bartholmai, B. (2001): Reform der Erbschaftsteuer notwendig: Immobilien sachgerecht bewerten, Mehrbelastungen begrenzen. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 22/2001, 327-336.

Abbildung

Entwicklung der Steuersätze der Grunderwerbsteuer in den Bundesländern seit 2006



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Nur Bayern und Sachsen haben den Grunderwerbsteuersatz bisher nicht erhöht.

zent. Inzwischen haben alle Bundesländer außer Bayern und Sachsen den Steuersatz erhöht. Als erstes Bundesland reagierte Berlin und erhöhte zum 1. Januar 2007 den Steuersatz auf Grunderwerb auf 4,5 Prozent. Es folgten Hamburg im Jahr 2009 und Sachsen-Anhalt 2010, bevor 2011 gleich sieben Bundesländer die Steuersätze anhoben (teilweise um 1,5 Prozentpunkte auf fünf Prozent). Inzwischen wurde 22-mal von einzelnen Ländern an der Steuerschraube gedreht (Abbildung). Mit der neuesten Welle von Steuererhöhungen zum 1. Januar 2014 stieg der Steuersatz in zwölf von 16 Bundesländern auf über fünf Prozent. In der Spitze liegt er bei 6,5 Prozent in Schleswig-Holstein und sechs Prozent in Berlin. Weitere Steuererhöhungen sind geplant. Zum 1. Januar 2015 steigt der Steuersatz auch in Nordrhein-Westfalen und dem Saarland auf 6,5 Prozent. Zudem hat die neue brandenburgische Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag eine Erhöhung angekündigt.

Parallel zum Anstieg der Steuersätze ist auch das Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer gewachsen (Tabelle 1). Über alle Länder hinweg stiegen die Einnahmen im Vergleich von 2005 zu 2013 von 4,8 auf 8,4 Milliarden Euro und nahmen damit um 75 Prozent zu. Für 2014 wird ein weiterer Anstieg auf dann 9,2 Milliarden Euro erwartet.² Ein detaillierter Blick auf die Ein-

² Bundesministerium der Finanzen (2014): Monatsbericht September.

Tabelle 1

Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer nach Bundesländern

Bundesland	Aufkommen in Millionen Euro*					Aufkommen in Euro pro Kopf				
	2005	2007	2009	2011	2013	2005	2007	2009	2011	2013
Schleswig-Holstein	190	244	190	233	352	67	86	67	83	124
Hamburg	181	343	270	312	343	104	194	152	181	188
Niedersachsen	387	491	347	512	638	48	62	44	66	81
Bremen	57	57	37	56	62	86	87	56	86	94
Nordrhein-Westfalen	1 124	1 406	1 011	1 260	1 713	62	78	57	72	96
Hessen	410	740	414	518	719	67	122	68	87	117
Rheinland-Pfalz	190	231	198	238	366	47	57	49	60	92
Baden-Württemberg	705	864	689	943	1 317	66	80	64	90	121
Bayern	841	1 146	915	1 178	1 347	68	92	73	95	106
Saarland	40	51	40	46	79	38	50	39	46	79
Berlin	257	660	305	485	735	76	193	89	146	206
Brandenburg	103	157	109	148	172	40	62	43	60	69
Mecklenburg-Vorpommern	66	98	76	94	135	39	58	46	59	83
Sachsen	138	271	138	188	202	32	64	33	46	49
Sachsen-Anhalt	64	104	69	81	110	26	43	29	36	48
Thüringen	59	88	51	73	104	25	38	23	33	47

* Stand zum 31.12. des jeweiligen Jahres.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Beim Pro-Kopf-Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer gibt es ein starkes Ost-West-Gefälle.

nahmeseite zeigt zudem, dass die Landesregierungen allein mit der Ankündigung einer Steuerreform einmalige Mehreinnahmen für den laufenden Haushalt generieren können. Um der anstehenden Steuererhöhung zu entgehen, steigt durch Ankündigungseffekte das Volumen und die Anzahl der Transaktionen in den Monaten vor einer Reform und bringt damit (wenn auch zum alten Steuersatz) bereits vor der Reform Mehreinnahmen für die Landeskassen.³

Spitzenreiter bei den Einnahmesteigerungen ist Berlin mit fast 200 Prozent zusätzlichen Steuereinnahmen und absoluten Mehreinnahmen von fast 500 Millionen Euro im Jahr 2013 im Vergleich zu 2005. Insgesamt konnten zehn Bundesländer ihre Einnahmen um über 70 Prozent steigern.

Für das Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer sind neben dem Steuersatz auch das Niveau und die Entwicklung der Immobilienpreise sowie das Transaktionsvolumen von Bedeutung. Dies zeigt sich an drei Entwicklungen: Erstens gibt es, wie bei allen Steuern, die sich auf Einkommen oder Vermögen beziehen, ein starkes Ost-West-Gefälle bei den Einnahmen pro Kopf. Zwar wächst das Steueraufkommen sowohl in West-

als auch in Ostdeutschland, das Niveau liegt im Osten aber deutlich unter dem im Westen (Tabelle 1, rechtes Panel). Vergleicht man Länder mit gleichem Steuersatz im Jahr 2013, also beispielsweise Thüringen und Rheinland-Pfalz mit fünf Prozent, so kommt Thüringen nur auf 47 Euro pro Kopf, Rheinland-Pfalz hingegen auf 92 Euro. Ein wichtiger Grund hierfür dürfte das unterschiedliche Niveau der Immobilienpreise sein. Zweitens stiegen die Einnahmen auch in den Ländern, die die Grunderwerbsteuer nicht angepasst haben. So konnten Bayern und Sachsen einen Einnahmezuwachs von 60 beziehungsweise fast 50 Prozent verzeichnen. Drittens fällt auf, dass die Steuereinnahmen im betrachteten Zeitraum starken regionalen Schwankungen unterliegen. Besonders während der Finanzmarktkrise 2008/09 sind die Steuereinnahmen flächendeckend eingebrochen.

Hohe Bedeutung der Grunderwerbsteuer für die Länderfinanzen

Insgesamt ist der Anteil der Grunderwerbsteuer an den Gesamtsteuereinnahmen der Länder gering. Fasst man bei den Einnahmen die Landessteuern, die Gemeinschaftssteuern und die Gewerbesteuerumlage zusammen, zeigt sich, dass die Grunderwerbsteuer beispielsweise im Vergleich zu dem Landesanteil an der Einkommens- und Körperschaftsteuer nur eine untergeordnete Rolle spielt. So erklärt sich, dass der Anteil der Grund-

³ Aus den aggregierten Daten sind nur die Gesamteinnahmen für die Länder verfügbar. Eine genauere Betrachtung der Anzahl der Transaktionen und des durchschnittlichen Transaktionswerts ist deshalb nicht möglich.

Tabelle 2

Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder nach der Steuerart

In Millionen Euro

Steuerart	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<i>Landessteuereinnahmen</i>										
Grunderwerbsteuer	4 655	4 778	6 109	6 936	5 713	4 844	5 277	6 350	7 368	8 368
Vermögensteuer	80	97	27	4	-7	7	2	-4	-1	-1
Erbschaftsteuer	4 283	4 097	3 762	4 203	4 771	4 550	4 404	4 246	4 305	4 633
Kraftfahrzeugsteuer	7 740	8 673	8 937	8 898	8 842	4 398	-	-	-	-
Rennwett- und Lotteriesteuer	1 885	1 813	1 775	1 701	1 536	1 511	1 412	1 420	1 431	1 635
Feuerschutzsteuer	353	331	322	320	327	323	326	366	380	392
Biersteuer	788	777	780	756	739	730	712	702	697	669
Sonstige Landessteuern	-	-1	-	0	0	0	0	-	1	0
Σ Landessteuereinnahmen	19 783	20 565	21 712	22 817	21 921	16 363	12 132	13 080	14 180	15 697
Anteil Grunderwerbsteuer in Prozent	23,53	23,23	28,14	30,40	26,06	29,60	43,50	48,55	51,96	53,31
<i>Gemeinschaftssteuern und Gewerbesteuerumlage</i>										
Einkommen- und Körperschaftsteuer	66 419	67 749	76 900	84 985	90 441	78 517	80 253	89 738	97 717	103 542
Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer	64 646	62 356	66 060	73 554	76 188	78 321	81 060	83 737	87 021	88 187
Gewerbesteuerumlage	4 254	4 697	5 370	5 354	5 437	3 863	4 638	5 368	5 551	5 478
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	2 978	3 073	3 356	4 918	5 922	5 475	3 832	3 529	3 623	3 812
Σ Gemeinschaftssteuern und Gewerbesteuerumlage	138 297	137 874	151 685	168 811	177 988	166 176	169 783	182 371	193 911	201 020
<i>Gemeindesteuern der Stadtstaaten</i>										
Steuereinnahmen der Länder	163 204	163 947	179 753	197 947	206 772	188 722	188 425	202 331	214 960	224 210
Anteil Grunderwerbsteuer in Prozent	2,85	2,91	3,40	3,50	2,76	2,57	2,80	3,14	3,43	3,73

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Bei den Landessteuereinnahmen hat die Grunderwerbsteuer seit der Reform deutlich an Bedeutung gewonnen.

erwerbsteuer an den Gesamtsteuereinnahmen der Länder im Jahr 2013 lediglich bei 3,7 Prozent lag (Tabelle 2). Seit 2005 ist dieser Anteil mit 0,8 Prozentpunkten nur gering gestiegen.

Die besondere Bedeutung der Grunderwerbsteuer für die Länderfinanzen zeigt sich erst, wenn anstelle des Verhältnisses zu den Gesamteinnahmen das Verhältnis der Grunderwerbsteuer zu allen anderen Landessteuern betrachtet wird (Tabelle 2, oberes Panel). Im Jahr 2004 machte die Grunderwerbsteuer 23,5 Prozent der Landessteuern aus. Dieser Anteil hat sich mittlerweile mehr als verdoppelt und lag 2013 bei 53,3 Prozent.⁴ Die Grunderwerbsteuer ist damit unter den Steuern, die den Ländern ausschließlich zustehen, in einer absoluten Spitzenposition. Auch die Behandlung der Grunderwerbsteuer im Länderfinanzausgleich setzt Anreize für die Länder, zusätzliche Einnahmen durch Steuererhöhungen zu generieren (ausführlich in Kasten 2).

⁴ Neben dem höheren Aufkommen in der Grunderwerbsteuer ist vor allem der Wegfall der Ertragshoheit der Länder über die Kraftfahrzeugsteuer zum 1. Juli 2009 für diese Entwicklung verantwortlich. Im Gegenzug erhielten die Länder eine pauschale Erstattung der Verwaltungskosten durch den Bund.

Letztendlich ist die Grunderwerbsteuer die einzige relevante Steuer mit substantiellem Aufkommen, die nicht bundeseinheitlich geregelt ist.⁵ Damit ist klar, warum die Grunderwerbsteuer von den meisten Landesregierungen genutzt wird, um die Landesfinanzen zu konsolidieren oder neue Ausgabenprogramme zu finanzieren.⁶

Regionale Variation der Grunderwerbsteuer ist im internationalen Vergleich eher die Ausnahme

Die vorhergehende Analyse hat gezeigt, dass die Steuersätze in Deutschland seit der Grunderwerbsteuerreform 2006 deutlich angestiegen sind und sich regional unterschiedlich entwickelt haben. Im Folgenden vergleicht dieser Bericht die Ausgestaltung der Grunderwerbsteuer

⁵ Während die Länder die Einnahmen nach einer Anhebung der Steuersätze der Grunderwerbsteuer (Erstrundeneffekt) sicherlich willkommen heißen, bleibt offen, in welchem Ausmaß das höhere Aufkommen der Grunderwerbsteuer mit einem geringeren Aufkommen der allgemeinen Umsatzsteuer einhergeht (Zweitrundeneffekt).

⁶ Vgl. RWI (2012): Probleme der Grunderwerbsteuer und ihre Anhebung durch die Länder – Endbericht. 7; oder zum Beispiel im Koalitionsvertrag von 2011 zwischen den Grünen und der SPD in Baden-Württemberg, 3.

Kasten 2

Grunderwerbsteuer im Länderfinanzausgleich

Die Behandlung der Grunderwerbsteuer im Länderfinanzausgleich (LFA) steigert den Anreiz, Einnahmen aus dieser Steuer zu generieren, zusätzlich.¹ Bei der Einführung der Grunderwerbsteuer wollte der Gesetzgeber explizit verhindern, dass sich Änderungen an den Steuersätzen direkt auf die Zahlungen im LFA auswirken. Unter anderem befürchtete man, dass relativ reiche Bundesländer im Zuge einer Steuersenkung gleichzeitig ihre für den LFA ausschlaggebenden Einnahmen senken.

Tatsächlich ist der Gesetzgeber zu einer Regelung gekommen, in der die Mehr- oder Mindereinnahmen einer Steuererhöhung beziehungsweise -senkung sich zwar nicht direkt, aber indirekt auf den LFA auswirken. In dem sogenannten Normierungsverfahren wird das Gesamtaufkommen der Grunderwerbsteuer anteilig auf die Länder aufgeteilt. Der Anteil eines Landes ist dabei (unabhängig vom Steuersatz) definiert als Anteil der Landesbemessungsgrundlage an der Gesamtbemessungsgrundlage.

Ein Beispiel soll die Anreizwirkungen des Systems exemplarisch verdeutlichen: Der Landesbemessungsanteil Bremens an der Gesamtbemessungsgrundlage beträgt etwa ein Prozent. Das heißt der Wert der Grundstücke, die in Bremen verkauft wurden, liegt im Verhältnis zum Veräußerungswert aller Grundstücke in Deutschland in dem Jahr lediglich bei einem

¹ Für eine nähere Betrachtung des LFA im Allgemeinen und zur Einordnung der Grunderwerbsteuer vgl. Bickmann, M., van Deuverden, K. (2014): Länderfinanzausgleich vor der Reform: eine Bestandsaufnahme. DIW Wochenbericht Nr. 28/2014.

Prozent. In Bayern beträgt er im Vergleich dazu etwa 20 Prozent. Angenommen, die Steuer wird in Bremen erhöht und generiert damit Mehreinnahmen in Höhe von zehn Millionen Euro. Die Steuererhöhung bleibt ohne direkte Wirkung für die Zahlungen im LFA (Bremen muss die zusätzlichen zehn Millionen nicht in die Berechnung miteinbringen). Allerdings hat sich das Gesamtaufkommen der Steuer jetzt um zehn Millionen Euro erhöht. Diese Erhöhung wird mittels der Länderanteile umgelegt. Bremen (mit einem Anteil von einem Prozent) muss sich für den LFA lediglich 100.000 Euro mehr anrechnen lassen. Bayern dagegen trägt mit 20 Prozent fast zwei Millionen Euro.²

Dieser Mechanismus beinhaltet also einen Anreiz für kleine Länder, die Steuereinnahmen aus der Grunderwerbsteuer zu steigern. Die Steuererhöhung in dem kleineren Land belastet im LFA überproportional Länder mit einem höheren Anteil an der Steuerbemessungsgrundlage.³

² Das Beispiel stammt aus Broer, M. (2014): Reformoptionen des Länderfinanzausgleichs unter politökonomischer Betrachtung. Wirtschaftsdienst, 94 (4), 258–266.

³ Hessen begründete seine Steuererhöhung tatsächlich mit dem Normierungsverfahren der Grunderwerbsteuer beim LFA: „Besonders problematisch ist in diesem Zusammenhang, dass die damit verbundenen nicht ausgeschöpften Steuerspielräume dem Land Hessen im Länderfinanzausgleich kalkulatorisch zugerechnet werden („normiertes Aufkommen“) und alleine im Jahr 2011 eine Zahllast von rund 80 Millionen Euro auslösen, der keine Einnahmen gegenüberstehen.“ Hessischer Landtag (Hrsg.) (2012): Gesetzentwurf – für ein Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer. Drucksache 18/6228.

in 33 Ländern (Tabelle 3). Ein Vergleich dieser Steuerform wird allerdings durch eine Vielzahl von Systemunterschieden erschwert. Eine Steuer auf den Erwerb von Grundbesitz (oder Wohneigentum) ist in Bezug auf die Steuersätze und die relevante Bemessungsgrundlage international unterschiedlich ausgestaltet. Dort, wo eine solche Steuer fehlt, fallen häufig andere Abgaben an, etwa Mehrwertsteuern. Jedes Land hat zudem spezifische Ausnahmetatbestände, die einen Vergleich der Belastungswirkungen durch die Steuer erschweren. In vielen Ländern wird beispielsweise zwischen Neubauten und Bestandsimmobilien unterschieden. Für Neubauten gilt dann die Mehrwertsteuer, für den Immobilienbestand die Grunderwerbsteuer. Dieser Bericht untersucht in erster Linie das Niveau der internationalen Steuersätze.

Von den Ländern, die in Tabelle 3 dargestellt sind, nutzen sechs Länder ein System, in dem die Höhe der

Steuersätze, anders als in Deutschland, progressiv an den Wert des Eigentums gebunden ist (unter anderem Zypern und Australien). Ähnlich wie in Deutschland haben acht weitere Länder ein regional variierendes Steuerrecht (je nach Bundesland oder sogar kleineren Verwaltungseinheiten, unter anderem in Luxemburg, Australien und der Schweiz). Betrachtet man nur die Steuersätze der Grunderwerbsteuer, zeigt sich, dass die Belastungswirkungen in Deutschland im Vergleich zu den anderen Ländern eher im oberen Drittel liegen, insbesondere, wenn man nur das europäische Ausland vergleicht.⁷ Ähnlich wie in Deutschland gibt es in vie-

⁷ In einer älteren Auswertung, basierend auf Daten aus dem Jahr 2007, lag Deutschland bezogen auf die gesamten Transaktionskosten eines Immobilienkaufes im europäischen Mittelfeld, vgl. RWI (2012), a. a. O., Tabelle 4. Allerdings machte die Grunderwerbsteuer schon zu diesem Zeitpunkt, zu dem erst Berlin den Steuersatz einmal angehoben hatte, einen sehr großen Teil der gesamten Transaktionskosten aus. Inzwischen dürfte dieser Anteil weiter gestiegen sein.

Tabelle 3

Steuersätze auf Grunderwerb im internationalen Vergleich

Land	Steuersatz in Prozent	Variation des Steuersatzes	
		nach Immobilienwert	nach Region
Argentinien	circa 3	×	✓
Australien	1,9-7,3	✓	✓
Brasilien	circa 2	×	✓
Bulgarien	2-4	×	✓
China	5,5	×	×
Dänemark	0,6	×	×
Deutschland	3,5-6,5	×	✓
Estland	keine		
Finnland	4	×	×
Frankreich	5,10	×	×
Griechenland	3	×	×
Großbritannien	0-4	✓	×
Indonesien	5	×	×
Irland	0-6	✓	×
Italien	2-9	×	×
Kroatien	5	×	×
Lettland	2	×	×
Litauen	keine		
Luxemburg	6-9	×	✓
Niederlande	2-6	×	×
Österreich	3,5	×	×
Polen	keine		
Russland	keine		
Schweden	1,5	×	×
Schweiz	1-3,3	×	✓
Slowakische Republik	keine		
Südafrika	0-8	✓	×
Tschechische Republik	4	×	×
Türkei	2	×	×
Ungarn	2-4	×	×
USA	0-2,6	✓	✓
Vereinigte Arabische Emirate	4	×	×
Zypern	3-8	✓	×

✓=Ja, ×=Nein.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

In Deutschland ist der Grunderwerbsteuersatz im internationalen Vergleich relativ hoch.

len Ländern Ausnahmetatbestände, günstigere Steuersätze oder hohe Freibeträge bei der Steuer für nahe Angehörige (auch bezogen auf Erbschaften und Schenkungen). Einige Länder besteuern auch den Kauf von gewerblichen und selbstgenutzte Immobilien unterschiedlich, wobei in der Regel die höheren Steuersätze bei Gewerbeimmobilien anfallen (unter anderem Italien und Irland). Zudem stellen einige Länder den ersten Kauf einer selbstgenutzten Immobilie steuerfrei (unter anderem Finnland und Kroatien).

Trotz der vielen Unterschiede zwischen den Ländern liegt Deutschland mit inzwischen durchschnittlich

5,2 Prozent eher am oberen Ende der Skala. Dies wird besonders im europäischen Vergleich deutlich.⁸

Vor- und Nachteile der Grunderwerbsteuer

Die dynamische Entwicklung der Steuersätze in den meisten Bundesländern zeigt den Bedarf der Länder an autonomen Finanzierungsinstrumenten. Mit der zunehmenden Bedeutung der Grunderwerbsteuer für die Finanzautonomie der Länder wird eine umfassende Analyse der Stärken und Schwächen dieser Steuerart immer wichtiger.

Ein Argument für die Grunderwerbsteuer ist, dass die Bemessungsgrundlage wenig mobil ist. Das Land und die Bebauung können sich der Besteuerung nicht direkt entziehen. Damit werden direkte Ausweichreaktionen zwischen einzelnen Regionen vermieden.⁹

Des Weiteren ist ein regionaler Wettbewerb zwischen den Steuern im föderalen System wünschenswert. Die Grunderwerbsteuer erlaubt es, Leistung und Gegenleistung gegenüber zu stellen (sogenannte fiskalische Äquivalenz). Die Politik hat dadurch Anreize, mit (Infrastruktur-)Projekten für einen hohen Wert der Immobilien im Land zu sorgen, und damit eine breite Steuerbasis für weitere politische Maßnahmen zu schaffen. Auf der anderen Seite wissen die Bürger wofür sie Steuern zahlen, und können als Wähler die Politiker verantwortlich machen.

Weitere Vorteile der Grunderwerbsteuer liegen in ihrer progressiven Wirkung (vermögende Individuen leisten sich Immobilien zu höheren Preisen) und in der geringen Wahrscheinlichkeit von substantieller Steuerhinterziehung – nur durch einen notariell beglaubigten Kaufvertrag kann der Käufer ins Grundbuch eingetragen werden.

Dennoch ist die Grunderwerbsteuer aus ökonomischer Sicht auch kritisch zu sehen. Ihre negativen Nebenwirkungen werden seit vielen Jahren diskutiert.¹⁰ Die wichtigsten Argumente der Kritiker sind die Folgenden:

Erstens unterliegt das Aufkommen der Grunderwerbsteuer erheblichen regionalen Schwankung (Tabelle 1) und ist stark von der Entwicklung der Immobilienpreise

⁸ Einschränkung sei hier erwähnt, dass es auch bei der Grundsteuer große Länderunterschiede gibt. Obwohl dieser Vergleich hier nicht explizit ausgearbeitet wird, bewegt sich Deutschland bei dieser Steuerart und bei der Besteuerung von Vermögen im Allgemeinen eher im unteren Bereich, Eurostat (2012): Taxation trends in the European Union.

⁹ Bickmann, M., van Deuverden, K. (2014), a. a. O.

¹⁰ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. SVR (Hrsg.) (1976): Zeit zum Investieren. Jahresgutachten 1976/77.

abhängig. Damit ist für die Länder eine hohe Planungsunsicherheit verbunden.¹¹

Zweitens belastet die Steuer nur die Parteien, die an einem Häuserkauf beteiligt sind. Da es wenig belastbare Evidenz gibt, wie sich die Steuerbelastung der Grunderwerbsteuer auf Käufer und Verkäufer aufteilt, bleibt unklar, welche Bevölkerungsgruppen am stärksten betroffen sind. Zumindest für die Käufer lässt sich aber sagen, dass überproportional oft junge Familien mit Kindern, die Wohneigentum erwerben wollen, zu den belasteten Gruppen zählen.¹² Zudem ist insbesondere der ländliche Raum betroffen, wo Grunderwerb eher die Regel ist. Für den Fall, dass Immobilien zum Zweck der Vermietung angekauft werden, ist außerdem davon auszugehen, dass ein Teil der Kosten der Grunderwerbsteuer auf zukünftige Mieter überwältigt werden.

Drittens sind negative Anpassungseffekte durch die Marktteilnehmer durchaus realistisch, auch wenn die zu besteuerte Immobilie nicht mobil ist. Investoren und potentielle Käufer von Grundeigentum könnten sich nach Alternativen in Bundesländern mit niedrigeren Steuern umschauen, wenn ihnen die Steuerlast in einem Land zu hoch wird. Gerade in Grenzregionen kann es dadurch zu Ausweichreaktionen kommen. Die Steuer könnte außerdem dazu führen, dass Grundstücke seltener den Besitzer wechseln oder der Erwerb von Immobilien gleich ganz unterbleibt.¹³ Die Grunderwerbsteuer wirkt auch auf die Anreize, neue Häuser zu bauen oder in den Bestand zu investieren. Ein potentieller Hausbesitzer zieht es eventuell vor, ein Haus neu zu bauen (wobei Grunderwerbsteuer lediglich auf das Grundstück anfällt), als eine bestehende Immobilie zu sanieren (bei der Grunderwerbsteuer auf den Gesamtwert der Immobilie zu bezahlen wäre). International konnte der negative Zusammenhang zwischen den Transaktionssteuern auf Wohneigentum und der Mobilität der Marktteilnehmer schon mehrfach nachgewiesen werden.¹⁴ Für Deutschland erlaubt die Datenlage bisher keine genaue Abschätzung der Anpassungseffekte

auf Haushalte und Firmen.¹⁵ Dazu kommt, dass es für den Staat sogar wünschenswert sein kann, die Mobilität einzuschränken, um beispielsweise die Spekulation in einer Immobilienblase zu begrenzen.¹⁶

Fazit

Aus der vorliegenden Analyse der Grunderwerbsteuerreform im Jahr 2006 lassen sich, insbesondere vor dem Hintergrund der geplanten Reformen in den Bund-Länder-Finanzbeziehungen, wichtige Hinweise für die Politik ableiten.

Erstens ging die Dezentralisierung der Steuerautonomie bei der Grunderwerbsteuer vornehmlich mit steigenden Steuerbelastungen einher. Als 2006 beschlossen wurde, die Hoheit über die Grunderwerbsteuer auf die Länder zu übertragen, lag der einheitliche Steuersatz bei 3,5 Prozent. Heute beträgt der Steuersatz im (ungeachteten) Mittel 5,2 Prozent. Innerhalb von nur acht Jahren hat sich der Steuersatz also um knapp 50 Prozent erhöht, in drei Bundesländern hat er sich sogar fast verdoppelt. Insgesamt 14 von 16 Bundesländern haben heute einen höheren Steuersatz als noch 2006. Kein Bundesland hat die Steuerlast reduziert. Deutschland liegt damit im internationalen Vergleich, insbesondere im Vergleich mit dem europäischen Ausland, eher im oberen Bereich.

Zweitens waren es vor allem die finanzschwächeren Länder, die die Steuerbelastung deutlich angehoben haben. Berlin hat als erstes Land die Steuern erhöht und liegt jetzt bei sechs Prozent. Das Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen sind mit 6,5 Prozent die Spitzenreiter bei der Grunderwerbsteuer.¹⁷ Die einzigen Länder, die nicht erhöht haben, sind mit Sachsen und Bayern die jeweilig finanzstärksten Länder in Ost- und Westdeutschland.

In Zeiten, in denen die Länder Ausgabendisziplin üben müssen, sind zusätzliche Einnahmepotenziale wichtig. Die Länder haben mit der Grunderwerbsteuer ein Mittel erhalten, zusätzlichen Finanzbedarf zu realisieren. Zwar macht die Grunderwerbsteuer lediglich einen relativ kleinen Anteil an den Gesamteinnahmen

¹¹ Das RWI verfolgt für einzelne Länder die erwarteten Einnahmen und stellt das realisierte Aufkommen gegenüber. Tatsächlich liegen die beiden Werte weit auseinander, RWI (2012), a. a. O., 48-51.

¹² Wohneigentum wird in Deutschland insbesondere von Familien mit Kindern gebildet. Zudem kaufen Familien mit Kindern im Durchschnitt teurere Immobilien. BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2006): Internationaler Vergleich von Kosten und Dienstleistungseffizienz bei der Transaktion von Wohneigentum – Optionen für Deutschland. Forschungen, Heft 120, 2-6.

¹³ OECD (2010): Tax Policy Reform and Economic Growth, OECD Tax Policy Studies.

¹⁴ Negative Effekte auf die Mobilität finden unter anderem Andrews, D., Caldera, A. S., Johansson, Å. (2011): Housing markets and structural policies in OECD countries. OECD economics department working paper no. 836; Barcelo, C. (2006): Housing tenure and labour mobility: a comparison across European countries. Documentos de Trabajo No. 0603, Banco de España.

¹⁵ Das BBSR (2006), a. a. O., 16-17 argumentiert, dass der Zusammenhang zwischen den Transaktionskosten von Grundeigentum und der Mobilität von Arbeitnehmern auch in Deutschland unbestreitbar ist, allerdings wird diese Aussage nicht weiter empirisch belegt.

¹⁶ So hat zum Beispiel Hongkong die Besteuerung von Grunderwerb im Jahr 2013 kurzfristig verdoppelt, um den rasanten Aufwärtstrend der Immobilienpreise zu verlangsamen.

¹⁷ Hierbei sei auch erwähnt, dass keinesfalls nur Berliner und Saarländer die höheren Steuern im Saarland und Berlin bezahlen. Auch die finanzstarken Investoren aus Bayern und Baden-Württemberg, die in Berlin in Eigentumswohnungen investieren, sind von der hohen Berliner Grunderwerbsteuer betroffen.

der Länder aus, allerdings ist sie für den Handlungsspielraum von Landesregierungen von erheblicher Bedeutung.

Wie die Diskussion der Vor- und Nachteile der Grunderwerbsteuer zeigt, ist es aber verfehlt, nur auf die Einnahmepotenziale zu blicken. Mit steigenden Steuersätzen wird es umso wichtiger, die potenziel-

len negativen Nebenwirkungen dieser Steuer zu kennen und gegen ihre Vorteile abzuwägen. Bisher liegen allerdings keine empirischen Studien zu den Verteilungswirkungen und den möglichen negativen Anreizwirkungen für Deutschland vor. Gerade für die aktuelle Diskussion um eine Erweiterung der Steuerautonomie der Länder wäre eine Analyse der Folgewirkungen der Grunderwerbsteuer wichtig.

Sergej Bechtoldt war Praktikant in der Abteilung Staat am DIW Berlin

Ronny Freier ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Staat am DIW Berlin | rfreier@diw.de

Johannes Geyer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Staat am DIW Berlin | jgeyer@diw.de

Frank Kühn war Praktikant in der Abteilung Staat am DIW Berlin

EIGHT YEARS AFTER REAL ESTATE TRANSFER TAX REFORM: MOST GERMAN STATES SEIZE OPPORTUNITY FOR TAX INCREASES

Abstract: The financial relationship between central government and the federal states is about to undergo major reforms. In addition to reorganizing financial equalization, policy-makers are now discussing providing financial aid for structurally weak regions once the Solidarity Pact expires, bolstering the general financial strength of states and establishing an effective debt ceiling.

Against this backdrop, the present report examines reform of real estate transfer tax, which is considered to be one of the most important results of the fiscal federalism reform in 2006. Since then, states have been able to determine their own tax rates. The report also analyzes the pros and cons of the real estate transfer tax in detail.

The states' newly acquired fiscal autonomy has triggered considerable dynamism. With the exception of Bavaria and Saxony, all the federal states have seized the opportunity to raise the real estate transfer tax over the past eight years. Today, it is by far the most important independent tax revenue for each state and is the only tax that allows them to set their own rate. However, tax revenue measured against total income, i.e., including community taxes, federal grants, and financial equalization, is relatively low. An international comparison shows that Germany is at the upper end of the scale when it comes to tax rates on real estate transfer.

JEL: H70

Keywords: Real estate transfer tax, public finance, fiscal federalism



Ronny Freier, Ph. D.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter der
Abteilung Staat am DIW Berlin

SIEBEN FRAGEN AN RONNY FREIER

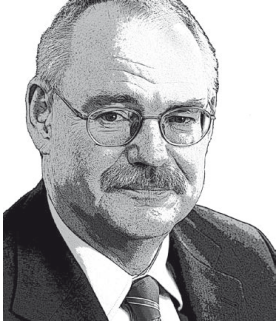
»Die Grunderwerbsteuer ist stark gestiegen«

- Herr Freier, seit der Grunderwerbsteuerreform im Jahr 2006 bestimmen die Länder die Höhe der Grunderwerbsteuer selbst. Wie hat sich das auf den Steuersatz ausgewirkt? Der Hebesatz blieb lange Zeit noch bei 3,5 Prozent, aber ab 2011 haben gleich sieben Bundesländer die Grunderwerbsteuer massiv erhöht. Inzwischen haben alle Länder außer Bayern und Sachsen diese Steuer erhöht, und vier Bundesländer liegen mittlerweile über sechs Prozentpunkten. Der durchschnittliche Grunderwerbsteuersatz ist von 3,5 Prozent vor der Reform auf jetzt 5,2 Prozent im ungewichteten Mittel gestiegen.
- Wie sind die unterschiedlichen Reaktionen der Bundesländer zu erklären? Da geht es zum einen um den Finanzbedarf, den die Bundesländer haben. Zum anderen muss man auch sagen, dass die Gestaltung der Grunderwerbsteuerreform im Wechselspiel mit dem Länderfinanzausgleich speziell für kleine Länder Anreize setzt, diese Steuerform zu erhöhen.
- Wie stark sind die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer gestiegen? Das ist in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich. Insgesamt sind die Einnahmen von 4,6 Milliarden auf 8,4 Milliarden Euro gestiegen. Der Grund dafür ist zum einen die Steuererhöhung, zum anderen zeigt sich aber auch, dass der Immobilienmarkt stark angezogen hat, denn es handelt sich ja um eine Steuer auf Immobilienwerte. Man kann das nicht 100-prozentig trennen. Wir beobachten aber, dass die Länder, die erhöht haben, tatsächlich auch Mehreinnahmen generieren. Teilweise passierte das schon im Jahr vor der Reform, da Transaktionen verlagert wurden, um noch vom niedrigeren Steuersatz zu profitieren. Aber auch im Jahr nach der Reform lagen die Steuereinnahmen höher.
- Welche Bedeutung hat die Grunderwerbsteuer für die Länderfinanzen? Zum einen ist der Anteil der Grunderwerbsteuer am steuerlichen Gesamtaufkommen der Länder mit nur etwa 3,7 Prozent gar nicht so groß. Aber man muss sich verdeutlichen, dass die Länder bis auf die Grunderwerbsteuer keine relevanten Steuern selber setzen dürfen, und an den Steuern, die nur dem Landeshaushalt zufließen, macht die Grunderwerbsteuer schon über 50 Prozent aus. Aus diesem Grund ist ihre Bedeutung für die Länderfinanzen natürlich sehr hoch.
- Welche Vor- und Nachteile hat die Grunderwerbsteuer? Ein Vorteil ist, dass die Bemessungsgrundlage nicht regional abweichen kann, denn es werden ja Grundstücke und Immobilien besteuert. Zudem ist eine Steuerautonomie im föderalen System grundsätzlich sinnvoll. Wir wollen ja Wettbewerb, auch unter den Ländern und das beste Modell soll sich durchsetzen. Zu den Nachteilen der Grunderwerbsteuer gehört, dass das Aufkommen für die jeweiligen Länder stark schwankt, weil es vom Immobilienmarkt abhängt. Insofern sind die Einnahmen für die Länder schlecht planbar. Zudem haben wir hier eine einseitige Belastung. Es werden nur die Parteien belastet, die an einem Häuserkauf beteiligt sind, und nicht die Allgemeinheit. Auch können wir annehmen, dass die Grunderwerbsteuer teilweise zu Vermeidungsreaktionen führt. Zum Beispiel könnten Familien auf ein neues Haus verzichten, obwohl sie gerne lieber ein Zimmer mehr hätten. Allerdings lässt sich das empirisch momentan nur schwer belegen.
- Wie ist die Belastung durch die Grunderwerbsteuer im europäischen Vergleich zu beurteilen? Ein internationaler Vergleich ist schwierig, weil diese Steuer in ganz verschiedenen Formen erhoben wird. Wenn man aber nur auf den Steuersatz guckt, dann sieht man, dass die 3,5 Prozent vor der Reform im europäischen Vergleich eher im Mittelfeld lagen. Die 5,2 Prozent, die wir jetzt haben, sind eher im oberen Drittel angesiedelt.
- Welche Lehren kann die Politik aus der Grunderwerbsteuerreform im Jahre 2006 ziehen? Offensichtlich haben die Bundesländer Finanzierungsbedarf, sonst würden sie nicht so stark von der Möglichkeit Gebrauch machen, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen und ihre Bürger belasten. Das ist die erste Lehre, die ich aus der Reform ziehen würde.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden
Sie auf www.diw.de/interview



Professor Gert G. Wagner ist Vorstandsmitglied des DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Rentenzugang ist ein komplexes Thema

Als in Westdeutschland der erste große Schritt zur Erhöhung und Flexibilisierung des Alters für den Übergang in den Ruhestand gemacht worden war, gab es darum so gut wie keine öffentliche Diskussion: Denn an dem Novembertag 1989, an dem der Deutsche Bundestag das entsprechende Gesetz – übrigens fraktionsübergreifend – beschloss wurde am selben Abend die Berliner Mauer geöffnet. Damit gab es wichtigeres zu diskutieren als die 89er Rentenreform, die auch die Rentenformel änderte und damit zu einer Absenkung des Rentenniveaus führte. Später sah das völlig anders aus: Die in der ersten großen Koalition nach der Jahrtausendwende beschlossene schrittweise Erhöhung der Regelaltersgrenze vom vollendeten 65. auf das 67. Lebensjahr war umstritten; ebenso umstritten – zumindest bei den Meinungsführern – ist die in diesem Jahr gesetzlich verankerte abschlagsfreie Rente ab 63 für langjährig Versicherte. Und eine Arbeitsgruppe der Koalition zur weiteren Flexibilisierung der Rente ist noch zu keinem Ergebnis gekommen. Diese vorläufige Ergebnislosigkeit sollte man nicht voreilig kritisieren, denn bessere Regeln für den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand sind nicht einfach zu finden.

Der Rentenzugang ist ein entscheidender Faktor für die soziale Lage im Alter, da nicht gelingende Übergänge zu erheblichen Einkommenseinbußen führen. Daneben gibt es einen zunehmenden Bedarf der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber den Übergang flexibler zu gestalten. Kurzum: Die Gestaltung des Übergangs in den Ruhestand ist eine entscheidende Stellschraube für ein insgesamt „gutes Leben in Deutschland“, wie es auch im Koalitionsvertrag als Ziel formuliert und in den nächsten zwei Jahren ein Projekt der gesamten Bundesregierung ist.

Der Übergang in den Ruhestand ist nicht nur für den Einzelnen wichtig, sondern für die Gesellschaft insgesamt. Denn vor dem Hintergrund des demografischen Wandels,

das heißt einer steigenden Lebenserwartung und wenigen Kindern, sind im Hinblick auf eine zufriedenstellende Versorgung der Menschen im Alter grundsätzlich alle Maßnahmen zu begrüßen, die einen längeren Verbleib der Beschäftigten in einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit real ermöglichen. Und nicht nur in der großen Koalition, auch bei der Rentenversicherung und unter den meisten Wissenschaftlern herrscht Einigkeit, dass mehr individuelle Gestaltungsspielräume beim Übergang in den Ruhestand (Stichwort: Flexi-Rente) nicht zulasten der übrigen Beitragszahler und Rentner gehen sollte. Schließlich sollte die Gestaltung flexibler Übergänge dem Ziel, eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung Älterer zu erreichen, zumindest nicht widersprechen. Insofern ist es nicht erstaunlich, dass eine Flexibilisierung des Rentenzugangs nach unten, also vor dem 63. Lebensjahr, in vielen Fällen nicht einfach zu erreichen sein wird.

Wahrscheinlich sind neue Modelle, die zum Beispiel Teilrenten ab dem 60. Lebensjahr ermöglichen sollen (wie es von Gewerkschaften gefordert wird), am einfachsten durch tarifvertragliche Vereinbarungen und Leistungen, aber nicht durch gesetzliche Renten zu erreichen. Denn auf der Ebene einzelner Branchen mag eine Solidarität zwischen Jung und Alt leichter zu verwirklichen sein als auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene. Es ist zu diskutieren, ob es dafür einer gesetzlichen Flankierung bedarf.

Der Hinweis auf einzelne Branchen, zwischen denen gesundheitliche Belastungen ja unterschiedlich verteilt sind (etwa auf dem Bau und in Büros), macht deutlich, dass es beim Übergang in den Ruhestand vor allem auch darauf ankommt, die Ruhestandsphase in guter Gesundheit zu erreichen. Und für den Erhalt der Erwerbsfähigkeit ist nicht gesundheitsbewusstes Verhalten der Einzelnen notwendig sondern auch betriebliche Weiterbildung, die flächendeckende Umsetzung des gesetzlich verpflichtenden Arbeitsschutzes und eine gute medizinische Versorgung.